

---

**Antrag**

der Fraktion der CDU

**Bericht zur Umsetzung der Integrierten Maßnahmenplanung gegen sexuelle Gewalt (IMP) schon längst überfällig – umgehend Bilanz vorlegen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus umgehend einen Bericht zur Umsetzung der Integrierten Maßnahmenplanung gegen sexuelle Gewalt (IMP) vorzulegen.

Dieser Bericht über die Aktivitäten der am IMP beteiligten Senatsverwaltungen ist mit einer Bilanz über den Stand der Abarbeitung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu verbinden. Darin enthalten sollen sowohl eine Einschätzung ihrer Wirksamkeit als auch eventuell notwendige Aktualisierungserfordernisse sein.

Das Berliner Netzwerk gegen sexuelle Gewalt und die Bezirke sind in die Erarbeitung des Berichts einzubeziehen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2020 erstmals zu berichten.

***Begründung***

Die Integrierte Maßnahmenplanung des Berliner Netzwerkes gegen sexuelle Gewalt, die sich die rot-rot-grüne Koalition in ihrer Koalitionsvereinbarung umzusetzen verpflichtet hat, liegt dem Abgeordnetenhaus seit dem 19. Juli 2016 vor.

Seitdem gibt es vom Senat aus eigenem Antrieb heraus keinen einzigen Bericht über den Stand der Abarbeitung des IMP, auch ließ er jegliche Initiative vermissen, den IMP in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Darin reiht sich nahtlos ein, dass es auf diesem Gebiet weder mit den Bezirken noch mit den freien Trägern eine kontinuierliche Zusammenarbeit gab und gibt. Dieses Verhalten des Senats in den letzten 4 Jahren zeigt nicht nur seine ausgeprägte Interesslosigkeit gegenüber den Themen Missbrauch und sexuelle Gewalt, sondern auch seine Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern.

Bei den 18 Anfragen von Abgeordneten zum IMP – alle übrigens aus der CDU-Fraktion – versucht sich der Senat allerdings ein anderes Image zu geben. So teilt er in den Antworten 18/19888 und 18/22687 mit, dass bereits verwaltungsintern eine systematische Auswertung erfolgt und schon seit Oktober 2019 der Umsetzungsstand bis auf einige Detailfragen vorliege.

Auf Grund dieser Aussage wird es dem Senat sicher nicht schwerfallen, dieses Wissen dem Abgeordnetenhaus in kürzester Zeit im Sinne des Antrags zugänglich zu machen.

Berlin, 03. November 2020

Dregger Demirbüken-Wegner Zeelen  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU